

Prof. Georg Christoph Biller

Thomaskantor
Hillerstraße 8-10
04109 Leipzig
presse@thomanerchor.de

Christian Wolff

Pfarrer an der Thomaskirche
Vorsitzender des forum thomanum Leipzig e.V.
Thomaskirchhof 18
04109 Leipzig
wolff@thomaskirche.org

Offener Brief

an die Leipziger Minister/innen
und Abgeordnete des Landestages
des Freistaates Sachsen

Sehr geehrte Frau Ministerin Clauß,
sehr geehrte Frau Ministerin von Schorlemer,
sehr geehrter Herr Minister Morlok,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des sächsischen Landtages,

mit diesem Schreiben wenden wir uns an Sie, als die Ministerinnen, Minister und Abgeordnete, die in Leipzig leben und Leipziger Bürgerinnen und Bürger im Landtag vertreten. Am 14. und 15. Dezember 2010 wird der Landtag über den Doppelhaushalt 2011/12 entscheiden. In diesem Zusammenhang treffen Sie zusammen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen auch die Entscheidung darüber, wie es mit den freien Schulen in Sachsen weitergehen soll. Wir möchten mit diesem Brief an Sie appellieren, dafür Sorge zu tragen, dass

1. im elementaren Bildungsbereich keine Kürzungen vorgenommen werden. Dies gilt für die öffentlichen wie für die freien Schulen. Wer jetzt Kürzungen bei Schulen vornimmt, produziert Mehrkosten für die kommenden Jahre und Jahrzehnte.
2. der Schulgeldersatz für Kinder aus finanzschwachen Familien in freien Schulen nicht gestrichen wird;
3. die Bedingungen für Gründungen von freien Schulen nicht so verschärft werden, dass Neugründungen faktisch unmöglich werden.

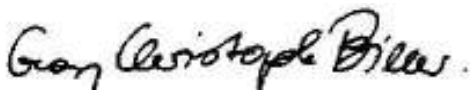
Wir anerkennen, dass es durch Proteste und Einsprüche gelungen ist, die vorgesehene Kürzung der staatlichen Zuschüsse für genehmigte freie Schulen um mehr als 10 Prozent zu verhindern. Dennoch bleibt es für uns inakzeptabel, dass der Schulgeldersatz gestrichen wird (die Übergangsregelung ist lediglich Kosmetik). Damit wird einer sozialen Schieflage in den freien Schulen Vorschub geleistet. Ebenso ist es nicht hinnehmbar, dass durch die Verlängerung der Wartefrist bei Neugründungen von drei auf vier Jahre und die Vorgaben von Zügigkeit und Klassenstärken Neugründungen von freien Schulen nicht mehr möglich sind.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
wir achten ihren Dienst als Abgeordnete und Minister/innen sehr und sind dankbar dafür, dass Sie in unserem demokratischen Staatswesen die Aufgabe übernommen haben, ein politisches Mandat auszuüben. Aber wir erwarten auch, dass Sie nicht einfach nachvollziehen und absegnen, was in der Exekutive entwickelt worden ist. Zur Demokratie gehört auch, den Sachverstand und die Kompetenz

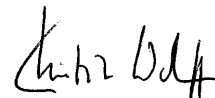
der Bürgerinnen und Bürger zu beachten. Darum können wir uns nicht vorstellen, dass Sie im Nachhinein denen Recht geben, die als Begründung für die vorgesehenen Maßnahmen anführen, dass die freien Schulen „Kannibalismus“ betreiben würden (so Kultusminister Roland Wöllner) und dass insbesondere die evangelischen Schulen das sächsische Schulsystem „ruinieren“ würden (so der Landtagsabgeordnete Holger Zastrow). Beide „Argumente“ sind aber die einzigen Gründe, die bis jetzt für die vorgesehene Verschlechterung genannt wurden. Sie zeugen von antikirchlichem Geist, den wir eigentlich für überwunden hielten, und davon, dass der Freistaat offensichtlich das Bildungsmonopol behalten und gleichzeitig die Träger freier Schulen, insbesondere die Kirchen, quasi abstrafen will. Doch das ist weder mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland noch mit der Verfassung des Freistaates vereinbar. Das hat auch der juristische Dienst des sächsischen Landtages festgestellt.

Bitte bedenken Sie, dass die freien Schulen ein wesentlicher Ertrag der Friedlichen Revolution sind. Durch sie konnte eine pluralistische Bildungslandschaft aufgebaut werden. Dieser Erfolg darf nicht aufgrund politischer Opportunität und kurzfristiger Haushaltsüberlegungen, die langfristig teuer bezahlt werden müssen, geopfert werden. Es darf weder ein Zurück zur staatlichen Einheitsschule noch zur Privatschule für Besserverdienende geben! Wir lehnen es ab, dass die freien Schulen dafür herhalten sollen, die Defizite der Schulpolitik auszugleichen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie in der kommenden Woche ein Zeichen setzen für den Erhalt der öffentlichen Schulen im ländlichen Raum und für eine faire Förderung der freien Schulen. Vor allem aber hoffen wir, dass Sie durch Ihre Entscheidung den ideologisch begründeten vorgesehenen Maßnahmen deutlich widersprechen. Wir setzen auf Sie.

Mit freundlichen Grüßen



Georg Christoph Biller



Christian Wolff